

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger

und

Landesrat Dr. Josef Schwaiger

am 01.07.2020

zum Thema

**Übergabe des Vorsitzes der Landesagrarreferenten-
Konferenz an das Bundesland Salzburg**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

Das wachsende Klimabewusstsein bietet eine nie dagewesene Chance, um gemeinsam etwas für heimische Lebensmittel zu tun. Unsere Aufgabe ist es, die Konsumentinnen und Konsumenten für heimische Lebensmittel zu begeistern und ihnen den Mehrwert zu vermitteln.“

Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger

Bewusstseinsbildung für den Wert heimischer Lebensmittel

Regionale Lebensmittel stehen für beste Qualität und höchsten Genuss. In der Corona-Krise wurde offensichtlich, dass eine funktionierende Lebensmittelproduktion auch entscheidend zur nationalen Sicherheit beiträgt. Trotzdem finden sich in den Regalen des heimischen Lebensmittelhandels viele Produkte aus weit entfernten Ländern, die auch in Österreich hergestellt werden könnten.

Dabei ist vielen Menschen nicht bewusst, dass viele Produkte im Ausland unter Bedingungen hergestellt werden, die in Österreich verboten sind. *„Strengere Umweltauflagen für die heimischen Bäuerinnen und Bauern ohne entsprechend höhere Produktpreise verdrängen die heimische Lebensmittelerzeugung. In vielen Drittstaaten werden Lebensmittel unter wesentlich niedrigeren Umwelt- und Sozialstandards produziert und landen dann als Billigst-Lebensmittel auf unseren Tellern“*, so Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger: *„Das wachsende Klimabewusstsein bietet eine nie dagewesene Chance, um gemeinsam etwas für heimische Lebensmittel zu tun. Unsere Aufgabe ist es, die Konsumentinnen und Konsumenten für heimische Lebensmittel zu begeistern und ihnen den Mehrwert zu vermitteln.“* Damit dieser Ansatz Erfolg hat, braucht es unterstützend die verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei verarbeiteten Produkten und in der Gemeinschaftsverpflegung.

Heimische Lebensmittel in den öffentlichen Küchen

Die Agrarreferenten haben sich bei der Konferenz am 04. Juni 2020 auf Initiative von LR Max Hiegelsberger darauf verständigt, die Bundesregierung in ihrem Bemühen um mehr Regionalität in der öffentlichen Beschaffung mit voller Kraft zu unterstützen. *„Regionale Lebensmittelbeschaffung wird ein wesentlicher Baustein zur Sicherung der heimischen Lebensmittelproduktion sein. Als öffentlicher Sektor möchten wir unserer Vorbildwirkung nachkommen und alle Möglichkeiten für mehr heimische Lebensmittel und der Unterstützung regionaler Lieferanten ausschöpfen“*, betont Hiegelsberger. Besonders in den ländlichen Regionen ist die Landwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Sektoren ein wichtiger Wirtschaftsmotor. Investitionen in diesem Bereich stärken Oberösterreich wie Österreich gesamt. *„Schlussendlich weisen regionale Lebensmittel in Österreich aufgrund der naturverträglichen Herstellung und der kurzen Transportdistanzen eine sehr positive Ökobilanz auf. Der verstärkte Absatz regionaler Lebensmittel wirkt sich somit mehrfach positiv aus“*, fügt Amtskollege Landesrat Dr. Josef Schwaiger hinzu.

Tiergesundheitsdienst weiterentwickeln

Veränderte Marktrealitäten einer globalen Lebensmittelkette sowie der vermehrte internationale und nationale Tierverkehr erfordern national bzw. europäisch koordinierte Antworten. *„Tiergesundheit, Tierwohl und Biosicherheit sind zentrale Themen, welche sich die Tiergesundheitsdienste zu stellen haben. Diese Themen sind so eng miteinander verwoben, dass nur ein ganzheitlicher Ansatz zu zukunftsweisenden Lösungen führt. Dabei bedarf es einer*

länderübergreifenden Zusammenarbeit hinsichtlich Digitalisierung und Datenmanagement. Nur so können Synergien genutzt und Leistungen ausgebaut werden“, betont Hiegelsberger. „Ich bin daher sehr froh darüber, dass ich im Rahmen meines Vorsitzes die Weiterentwicklung des Tiergesundheitsdienstes auf den Weg bringen konnte.“

Feinstaub-Richtlinie stellt hohe Anforderungen an die Landwirtschaft

Auf Grund der Vorgaben der NEC-Richtlinie der EU und dem Emissionsgesetz-Luft sind die Ammoniakemissionen ausgehend vom Basisjahr 2005 bis zum Jahr 2020 um 1 % und bis 2030 um 12 % zu reduzieren. Die Gründe für den Anstieg der Ammoniakemissionen liegen hauptsächlich in einer deutlichen Verbesserung der Tierwohlstandards durch eine erhebliche Ausweitung der Laufstallhaltung. *„Die Gesellschaft stellt laufend höhere Anforderungen an die Tierhaltung, sowohl beim Tierwohl als auch beim Umweltschutz. Zwischen diesen beiden Zielen bestehen aber in vielen Bereichen Zielkonflikte. Erhöhtes Platzangebot und verbesserte Bewegungsmöglichkeiten, Einstreuangebot und Außenklimakontakt stärken das Tierwohl, erhöhen aber auch die Gas- und Geruchsemissionen. Maßnahmen zur Verbesserung des Tierwohls gehen daher häufig mit erhöhten Umweltwirkungen einher“*, bringt es Hiegelsberger auf den Punkt.

Um diesen Zielvorgaben nachzukommen, bedarf es in den Übergangsjahren eine Anpassung der ÖPUL-Maßnahmen im Rahmen der bodennahen Ausbringung von Wirtschaftsdüngern und in der Gülleseparierung. *„Die Zeit drängt in dieser Frage. Wir sind bereits in guten Gesprächen mit dem Landwirtschaftsministerium um letztlich*

auch unproduktive Strafzahlungen für Österreich hintanhalten zu können“, so Hiegelsberger.

Bestehende Maßnahmen für neues Geld

Einer der wichtigsten Punkte für LR Josef Schwaiger ist, der Landwirtschaft Planungssicherheit für die nächsten beiden Jahre zu geben. *„Die Jahre 2021 und 2022 sind Übergangsjahre, da sich die neuen Richtlinien der EU-Kommission bis 2023 verzögern werden. Die Lösung sieht vor, dass die bestehenden Maßnahmen im Umweltprogramm übernommen werden, finanziert aber bereits aus dem mehrjährigen Finanzrahmen der EU-Kommission, der von 2021 bis 2027 gilt. Die Landwirte können noch im Herbst die Verlängerung beantragen. Was jedoch die Rahmenbedingungen für das zukünftige Investitionsprogramm für unsere bäuerlichen Betriebe betrifft, muss bis Herbst österreichintern abgestimmt werden“,* erklärt Schwaiger.

Ressourcenschonende Umbaumaßnahmen

„Ich gehe jedenfalls davon aus, dass eine praktikable und vernünftige Übergangslösung für beide Jahre geschaffen wird. Zukünftig wünsche ich mir eine stärkere Unterstützung für ressourcenschonende Umbaumaßnahmen für bestehende landwirtschaftliche Gebäude. Diese sind meist mit weniger Bodenverbrauch und einem geringeren Einsatz von finanziellen Mitteln verbunden und leisten bezüglich Tierwohl und Arbeitserleichterung einen ebenso großen Schritt nach vorne“, betont Schwaiger.

**„Green Deal“ nur in Partnerschaft
mit Handel und Konsumenten machbar**

Mit der „Biodiversitätsstrategie“ und der „Farm to Fork Strategie“ will die EU-Kommission das Agrar- und Lebensmittelsystem in Europa einem grundlegenden Wandel unterziehen.

In den Strategien zum Green Deal werden unter anderem Ziele zur Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln um 50 Prozent, Düngemitteln um 20 Prozent und die generelle Reduktion der landwirtschaftlichen Nutzfläche genannt. Gleichzeitig soll aber die Ernährungssicherheit gewährleistet bleiben. *„Es kann nicht sein, dass wir in Europa durch diese Strategie weniger Lebensmittel selbst produzieren können und wir dadurch importabhängiger von Übersee werden“*, betont Hiegelsberger. Eine 10%ige Stilllegung, wie etwa in der Biodiversitätsstrategie gefordert, würden für Oberösterreich rund 29.000 ha ungenutzte Flächen bedeuten. *„Das entspricht in etwa der doppelten Fläche an Soja, welche derzeit in OÖ angebaut wird. Diese Anbaufläche würde nach Südamerika ausgelagert werden“*, so Hiegelsberger.

Fokus auf die Ernährungssicherheit

Ein zentraler Punkt des „Green Deal“ ist, den Klimawandel zu bekämpfen und Europa bis 2050 zum weltweit ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Mit dem „Green Deal“ sehen die Bundesländer vor allem die Chance, regionale Lebensmittel zu stärken. *„Mehr in den Fokus muss jedoch die Ernährungssicherheit rücken. Das steht derzeit beim Green Deal nicht im Vordergrund“*, hebt Schwaiger hervor und er fügt hinzu: *„Einige Mitgliedsstaaten haben durch Biolandbau und Umweltprogramme bereits große Vorleistungen hin zu einer noch nachhaltigeren Land- und Forstwirtschaft unternommen. Diese müssen unbedingt durch die Kommission anerkannt und auch finanziell abgegolten werden. Während im Binnenmarkt die Standards erhöht werden, wird der Import aus Ländern mit deutlich niedrigeren Standards ermöglicht. Das gefährdet die Existenz der bäuerlichen*

Familien und drängt die europäische Agrarproduktion in Länder mit fragwürdigen Produktionsbedingungen.“ Die Wirkungsfolgenabschätzung der „Farm to Fork“-Strategie für die Landwirtschaft sei dringend erforderlich, sind sich die beiden Agrar-Landesräte aus Salzburg und Oberösterreich einig.

Höhere Standards nur bei geeignetem Außenschutz

Auch umweltgerechte Landwirtschaft wollen die Agrarlandesräte weiter sinnvoll ausbauen. *„Dabei dürfen wir keinesfalls die systemrelevante heimische Lebensmittelproduktion gefährden“,* so Schwaiger. Und weiter: *„Höhere Standards kommen nur in Frage, wenn ein geeigneter Außenschutz gegenüber Drittstaaten gewährleistet ist. Ansonsten lagern wir unsere Lebensmittelproduktion in Drittländer aus, weil wir nicht mehr konkurrenzfähig sind. Auch Zölle auf Lebensmittel, die nicht nach EU-Standards produziert sind, müssen dabei ernsthaft mitüberlegt werden.“*

Weiter an Klimaschutz und Biodiversität arbeiten

Beim Thema Klima- und Umweltschutz sehen die beiden Bundesländer Österreich weiter als internationalen Vorreiter. Trotzdem soll weiter daran gearbeitet werden, die Emissionen zu senken. Die Biodiversität soll insbesondere auch durch den Erhalt der Almwirtschaft gestärkt werden. *„Derzeit werden im Bundesland Salzburg aufgrund der aktuellen Wolfsproblematik Almen nicht mehr bestoßen und verlieren dadurch ihre Artenvielfalt in einem dramatisch Ausmaß“,* so Schwaiger abschließend.